

Die Lehre bei der Stadtgärtnerei ist derzeit nur auf Deutsch möglich

Einem Bewerber ist die Schnupperlehre bei der Stadtgärtnerei in Biel verwehrt worden, weil er nur Französisch spricht. Das liege an fehlenden geeigneten Ausbildern, sagen die Verantwortlichen.

Maeva Pleines
Übersetzung: Lukas Hafner

«Leider bilden wir keine französischsprachigen Lernenden aus.» Diese Antwort auf eine Bewerbung für eine Schnupperlehre stammt nicht etwa von einem privaten Seeländer Unternehmen, sondern von der Stadtverwaltung Biel – genauer gesagt von der Stadtgärtnerei. Die Begründung für die Absage kommt bei Peter Zmoss, dem Vater des jungen Bewerbers, gar nicht gut an. «Eine solche Aussage ist für eine offiziell zweisprachige Stadt schockierend», findet er.

Bei der Stadtverwaltung ist man sich des Problems bewusst und betont: «Es ist nicht so, dass wir aus Prinzip keine französischsprachigen Lernenden bei der Stadtgärtnerei ausbilden, aber wir tun dies derzeit nicht, weil wir nicht über das dafür erforderliche französischsprachige Personal verfügen», erklärt die Stadt in einer schriftlichen Antwort.

Das sei aber nicht die Regel. In diesem Jahr haben 35 französischsprachige und 35 deutschsprachige Lernende ihre Ausbildung bei der Stadt Biel begonnen und vom letzten Jahrgang sollen 31 Deutschsprachige und 26 Französischsprachige ihre Ausbildung abgeschlossen haben, wie Stadtpräsidentin Glenda Gonzalez Bassi (PSR) erklärt.

Die Absage an den Bewerber bei der Stadtgärtnerei bezeichnet sie aber als unglücklich und nicht der Praxis der Stadt entsprechend. Es sei wichtig, dass die Sensibilisierung der Mitarbeitenden Gegenstand einer kontinuierlichen Weiterbildung sei. «Diese ungeschickt formulierte Absage ist für uns auch ei-



Wer bei der Bieler Stadtgärtnerei eine Lehre machen will, muss Deutsch sprechen.

Bild: Matthias Käser/a

ne Chance, uns weiterzuentwickeln.»

Keine geeigneten Ausbilder

«Es stimmt, dass nicht alle Dienststellen Ausbildungen in beiden Sprachen anbieten. Man muss jedoch bedenken, dass einige nur aus wenigen Mitarbeitenden bestehen», sagt Gonzalez Bassi. Auch wenn es die Pflicht

der Stadt Biel sei, die Zweisprachigkeit so weit wie möglich zu fördern, wäre es unrealistisch, in jeder Abteilung das gleiche Angebot bereitzustellen, erklärt sie.

Tatsächlich beschäftigt die Stadtgärtnerei derzeit nur eine einzige deutschsprachige Auszubildende. Die Ausbildung eines französischsprachigen Auszubildenden würde eine Betreuung

durch Personal erfordern, welches man momentan nicht habe. Dieses müsste nicht nur die Sprache beherrschen, sondern auch die restlichen Anforderungen in Bezug auf die Berufsausbildung erfüllen.

Die Verwaltung und alle Direktionen würden sich aber trotz dieser Lücken für eine ausgewogene Vertretung der beiden Spra-

chen unter den Mitarbeitenden einsetzen.

Die Stadt tut ihr Bestes

Die Stadt fördert die Zweisprachigkeit, indem sie laut eigenen Angaben die Vielfalt im Allgemeinen und insbesondere die sprachliche Vielfalt fördert. Letztere soll durch offizielle Mitteilungen in beiden Sprachen, die Sensibilisie-

«Nicht alle Dienststellen bieten Ausbildungen in beiden Sprachen an.»

Glenda Gonzalez Bassi (PSR)
Bieler Stadtpräsidentin

rung der Mitarbeitenden sowie die Erfassung interner Statistiken gestärkt werden.

Die Verantwortlichen bei der Stadt bekräftigen, dass «alle jungen Menschen, die eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung absolvieren möchten, unabhängig von ihrer Sprache willkommen sind». Gleichzeitig wird aber auch darauf hingewiesen, dass nach Möglichkeit Auszubildende gesucht werden, die beide Sprachen beherrschen würden.

Ariane Tonon, Präsidentin des Rates für französischsprachige Angelegenheiten, zeigt Verständnis dafür. «Wir arbeiten mit verschiedenen Partnern zusammen, um die Ausbildung von Frankophonen zu fördern, und die Stadt Biel zeigt eine positive Dynamik.» Sie gehöre sogar zu den Städten, die in den letzten Jahren die meisten frankophonen Ausbildungsplätze geschaffen habe. «Für uns wäre es natürlich ideal, wenn es in allen Bereichen Angebote auf Französisch gäbe. Aber wir sind uns auch bewusst, dass die Stadt angesichts des derzeitigen Personalmangels ihr Bestes tut», relativiert Tono.

Nach Gaza-Demo: Bieler Grossrätin will, dass die Stadt Bern mehr Geld für die Polizei ausgibt

Die Bieler SVP-Grossrätin Sandra Schneider fordert im Kantonsparlament per Vorstoss höhere Sicherheitsbeiträge.

Deborah Balmer

Nach den gewalttätigen Ausschreitungen an der «Gaza-Demo» in Bern mit zahlreichen Verletzten und Millionen-Sachschaden haben die SVP-Sektionen der beiden grössten Städte im Kanton Bern genug. Die beiden Grossräte Thomas Fuchs (Bern) und Sandra Schneider (Biel) werden im Kantonsparlament Vorstösse einreichen, damit «linksextreme Terrorgruppen endlich verboten und die rot-grüne Stadtregierung stärker in die Pflicht genommen werden», wie es in einer Mitteilung heisst.

Mitte Oktober sei die ungewollte Gaza-Demonstration in der Stadt Bern «in eine Gewaltorgie ausgeartet», schreibt die Partei. 18 Polizisten seien

verletzt, 536 Gewalttäter festgenommen, 57 Gebäude beschädigt und ein historisches Restaurant beinahe abgeackelt worden. Es seien Sachschäden in Millionenhöhe entstanden.

Der Stadtberner Grossrat Thomas Fuchs verlangt in einer Motion, dass gegen Organisationen wie «Antifa» und «Schwarzer Block» ein Verbotverfahren analog den verbotenen Gruppierungen «Al-Qaïda» und «Islamischer Staat» eingeleitet wird. Hierzu soll der Regierungsrat mittels Standesinitiative beim Bund vorstellig werden.

Stadt Bern soll mehr für Polizeileistungen bezahlen

Die Akteure der «Antifa» und insbesondere deren rote Speerspitze, der «Schwarze Block», müssen laut der SVP als ei-

ne ernste Bedrohung der inneren Sicherheit angesehen werden. Die Täter aus diesem Milieu müssten konsequent für ihre kriminellen Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden. «Wohl auch aus ideologischen Gründen wird in der grün-sozialistischen Stadt Bern demonstrativ darüber hinweggesehen, dass politische Gewaltanwendung in der Bundesstadt eindeutig links verortet ist», so die Meinung der SVP.

Heute würden beinahe regelmässig Polizeikräfte verletzt – stets bei Einsätzen gegen links-extreme Gewalttäter, stets in der Stadt Bern. «Die erheblichen Kosten dieser Einsätze werden vom Stadtberner Gemeinderat mit dem Hinweis abgetan, die Stadt entrichte dafür eine jährliche Kostenpauschale.»

SVP-Grossrätin Sandra Schneider verlangt vom Regierungsrat, dass die Jahrespauschale, welche die Stadt Bern für die Leistungen der Kantonspolizei entrichtet, von derzeit rund 30 Millionen Franken auf mindestens 60 Millionen Franken erhöht wird. Der bisherige Beitrag decke die tatsächlichen Kosten längst nicht mehr ab. Schneider sagt: «Wir von der SVP haben langsam die Nase voll, man muss nun endlich handeln. Wir akzeptieren solche Krawalle nicht mehr, sie sind inakzeptabel. Am Ende leidet der ganze Kanton daran. Die Stadt Bern soll dafür bezahlen.»

«Stadtbehörden in die Verantwortung nehmen»

Auch würden durch «die von der Stadt Bern geduldeten Ter-

rorzellen immer mehr Einsatzmittel in der Bundesstadt gebunden». In den übrigen Kantons teilen würden dann Polizeiposten geschlossen, Dienstleistungen abgebaut, das Sicherheitsgefühl nehme ab.

«Die Berner Stadtbehörden müssen künftig stärker in die Verantwortung genommen werden. Der gefährlichen All-inclusive-Mentalität in der Stadt Bern, die offenbar selbst Körperverletzung einschliesst, ist entschieden entgegenzutreten.» Schon heute würden viele Polizeikorps unter Nachwuchsmangel leiden – jede verletzte Polizistin und jeder verletzte Polizist schwäche die Sicherheit in unserem Land, so die Mitteilung.

Weiterer Artikel auf **Seite 13**

SP gibt Listen für Grossratswahlen bekannt

Kantonale Wahlen 2026 Der SP-Regionalverband Biel-Seeland hat die ersten drei Listen für die kommenden Grossratswahlen im März 2026 bekannt gegeben. Die Partei wird mit einer Frauenliste, einer Männerliste, einer Liste aus der Romandie sowie einer Juso-Liste antreten. Wer auf letzterer steht, wurde noch nicht bestimmt. Die bisherigen Grossrätinnen und Grossräte aus Biel und dem Seeland treten allesamt zur Wiederwahl an. Aus Biel sind dies Susanne Clauss, Samantha Dunning und Karim Saïd. Aus Lyss Oriana Pardini und Stefan Bütikofer. Dazu kommt Manuela Kocher Hirt aus Worben.

Wie die SP mitteilt, wurde Jonas Mauduit von der Bieler Juso in den Vorstand des Regionalverbandes gewählt. Die Partei will sich auf kantonaler Ebene «für Gleichstellung, Klimaneutralität und eine nachhaltige Wirtschaft einsetzen».

Matthias Gräub